



22.11.2007 | Nr. 415/07

Sylvia Eisenberg: zu TOP 18: Vorwärts, Kameraden, wir rudern zurück

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

„Vorwärts, Kameraden, wir rudern zurück“ - so oder ähnlich könnte man die Vorschläge der Grünen zum Lehrerbildungsgesetz bezeichnen. Abgesehen davon, dass nur fünf Länder ein solches Lehrerbildungsgesetz haben, Länder, die im Wesentlichen noch nicht auf die Bachelor-Master-Studiengänge umgestellt haben, entspricht dieses Vorhaben auch mit Sicherheit nicht der von uns allen geforderten Polyvalenz der Studiengänge. Hinzu kommt, dass die Ausbildung, die Sie vorsehen, im Ergebnis 7 Jahre dauert. Auch das entspricht nicht der Forderung nach Verkürzung der Ausbildungszeit.

Ihr Hauptanliegen, hier mit vielen Worten verpackt, ist wieder einmal die Einführung des Stufenlehrers. Dazu der Koalitionsvertrag: „Die bestehende Lehramtsstruktur wird in der 16 Legislaturperiode beibehalten“ – und das ist gut so.

Jetzt zu Ihren Einzelheiten:

Sie wollen die Ausbildung des Grundschullehrers vom Hauptschullehramt abtrennen. Dafür mag es einige auch inhaltliche Gründe geben, denen ich mich nicht ganz verschließen kann. Die bisherige Verbindung zwischen Grund- und Hauptschulen aber und vor allem der mit der demographischen Entwicklung verbundene Rückgang der Schülerzahlen in den Grundschulen erfordert einen flexiblen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer, das ist nur möglich durch den Studiengang Grund- und Hauptschullehrer, und diese Lehrkräfte werden bis zum Jahr 2015 noch gebraucht werden.

Wir werden in den nächsten Jahren zunehmend von unten aufwachsend Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen bekommen, während die Gymnasien und beruflichen Schulen erhalten bleiben. Zwar wird die Schulstruktur in Teilen verändert, allerdings bleiben die Schulabschlüsse bestehen. Nach der 9.Klasse der Hauptschulabschluss und nach der 10. Klasse der Realschulabschluss, nach der 12.bzw.13. Klasse das Abitur. Ebenso wird es weiterhin Schüler mit unterschiedlichem Niveau geben, die auch auf unterschiedlichem Niveau unterrichtet werden. Und es wird Gymnasien und berufliche Schulen geben. Die Einführung eines Stufenlehrers, der einsetzbar ist in allen Schulen, erscheint mir deshalb nicht zielführend. Wir als CDU stehen für ein differenziertes Angebot und das erfordert auch differenzierte Lehrämter. Und außerdem: In den Gesamtschulen der Landes

unterrichten auch heute verschiedene Lehrämter miteinander, ein spezieller Studiengang für den Sekundarstufenlehrer I ist auch unter rot-grüner Regierung dafür nicht eingeführt worden. Warum also jetzt?

Was die Forderung nach einem Elementarstufenlehrer und einem Weiterbildungsgang für Schulmanager betrifft, so kann ich sie beruhigen. Der BA-Studiengang „Bildung und Erziehung im Kindesalter“ an der FH Kiel ist im WS gestartet, ebenso wie ein Weiterbildungsmaster für Schulmanagement und Qualitätsentwicklung. Das ist ein richtiger Einstieg; es muss aber weiterhin für Reaschulabsolventen die Ausbildung zum Erzieher möglich sein.

Lassen wir mal Ihre Vorstellungen vom Vorpraktikum, Assistant-Teacher und Einführungsjahr beiseite, weil sie allesamt viele rechtliche und pädagogische Fragen aufwerfen, und kommen wir zum Theorie-Praxis-Bezug, der uns allen am Herzen liegt: Die neuen BA-MA- Studiengänge an CAU und Uni Flensburg sind heute schon viel weiter als Sie von den Grünen offensichtlich wissen. Im Unterschied zur alten Regelung halten die BA-Studiengänge an der CAU schulpraktische Studien von einem ganzen Semester vor (Praxisphasen/Vor- und Nachbetreuung durch die Hochschulen). Im Masterstudiengang findet zudem ein vierwöchiges Praktikum während des 2. Semesters und in der UNI Flensburg in jedem Studienjahr ein Praktikum von 3 Wochen statt. Damit haben wir schon längst den Umfang der Praxisphasen erhöht. Was aber viel wichtiger ist, auch die Qualität der Praxisphasen ist verbessert. Sie werden nämlich von den Hochschulen intensiv vorbereitet und betreut. Ihrer Aufforderung bedarf es daher nicht!

Auch die zukünftige Verzahnung von Vorbereitungsdienst und Studium in der Masterphase, gerade von der KMK beschlossen, wird zur stärkeren Integration führen.

Ich stimme Ihnen zu, dass Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für jede Berufsart ein ganzes Berufsleben lang notwendig sind und insbesondere bei dieser Schulreform in Schleswig-Holstein notwendig sind. Genau dieses aber berücksichtigt die Landesregierung. So stehen seit Herbst dieses Jahres 1,4 Mio. für die Fortbildung v. a. für die Schulen zur Verfügung, die zu Regional- und Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Aber auch das IQSH hat mehr als 79 Beraterinnen und Berater qualifiziert, die vor Ort den Schulleitungen und Kollegen bei der Weiterentwicklung ihrer Schule Unterstützung geben. Ich empfehle Ihnen sich das Fortbildungskonzept der Landesregierung zu studieren und Sie werden zu dem Ergebnis kommen, dass gerade die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte für die Landesregierung und auch für uns als CDU einen Schwerpunkt darstellt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von den Grünen- Ihre Fleißarbeit in allen Ehren, aber lassen Sie uns den Erfolg der gerade akkreditierten Studiengänge abwarten und nicht schon wieder neue Unruhe in die Schulen und Hochschulen tragen.